

Etatrede

**anlässlich
der Verabschiedung des
Haushaltes für das Jahr 2016
in der
Sitzung des Rates am 26.04.2016**

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: 26.04.2016 18.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Stadtkämmerin,
sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen
hier im Rat,
sehr geehrte Zuhörer aus Verwaltung, Bürgerschaft und
Presse,
wie bei jeder Etatverabschiedung möchte ich zunächst im
Namen meiner Fraktion der Verwaltung herzlich für die
geleistete Arbeit beim Haushalt danken. Dabei gilt unser Dank
selbstverständlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die
an der Aufstellung des Haushalts mitgewirkt haben. Sehr
geehrter Herr Bürgermeister, bitte überbringen Sie Ihren
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der CDU-Fraktion,
der selbstverständlich auch Ihnen und in besonderem Maße
natürlich der Kämmerin und dem gesamten Fachbereich der
Finanzwirtschaft gilt.

Im Gegensatz zu früheren Jahren sind wir mit der
Verabschiedung des Haushalts 2016 kurz nach den Osterferien
in diesem Jahr im Vergleich zu den Vorjahren und
insbesondere zu 2015 früh dran und wir sind optimistisch, dass
wir den Haushalt für 2017 noch zum Ende dieses
Kalenderjahres verabschieden können. Wir vertrauen auf die

CDU-Wegberg
Rathausplatz 8
41844 Wegberg

Telefon: 02434-3118
Fax: 02434-910624
info@cdu-wegberg.de
www.cdu-wegberg.de

Zusage der Kämmerin. In einer dreitägigen Klausurtagung hat sich die CDU - Fraktion, zum Teil gemeinsam mit unserer Kämmerin intensiv mit dem Haushaltsentwurf befasst und sich gewissenhaft auf die beiden Etatberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 15.März und am 12.April vorbereitet.

Bei der vor uns liegenden Endfassung des Haushalts 2016 von einer schönen Osterbescherung zu sprechen, wäre vollkommen verfehlt. Während der in die Beratungen eingebrachte Entwurf im Ergebnisplan eine Deckungslücke von rd. 2,2 Mio € ausweist, die unser Eigenkapital weiter schmälert, und dies auch noch als positive Abweichung gegenüber der ursprünglich in 2015 geplanten Deckungslücke von mehr als 8,5 Mio € gewertet wird, so muss man nüchtern konstatieren, dass dies lediglich durch Erträge zustande kommt, die auf Zuweisungen des Landes zurückgeht. Derzeit haben wir das Glück haben, dass diesen Erträgen in Wegberg keine entsprechenden Aufwendungen gegenüberstehen. Ich nenne hier nur beispielweise die Landeserstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Auf Glück alleine einen Ergebnishaushalt zu bauen ist nicht tragfähig. Daher ist es bereits heute erforderlich den Blick auf das Jahr 2017 zu richten, weil sich dort deutliche Verschlechterungen in der Ergebnisplanung darstellen.

Im Gesamtergebnisplan haben wir eine Steigerung der Erträge 2015 nach 2016 von 4,8 % und zum Jahr 2017 nur noch ein Plus von 3,2 %, wobei die Ertragssituation für 2017 keineswegs als gesichert anzusehen ist.

Bei den Aufwendungen steigen diese von 2015 nach 2016 um 2,4 % und nach 2017 um 4,8 %, so dass sich ein Delta von 1,6%-Punkten ergibt.

In Summe bedeutet dies, dass erforderliche Einsparungen in den Einzelplänen im Ergebnishaushalt 2017 in Höhe von rd. 2,2 Mio. Euro erforderlich sind, um zumindest die Relation zwischen sich verringernden Erträgen und sich erhöhenden Aufwendungen aufrechtzuerhalten.

Leider sieht die Verwaltung hier derzeit keinen Handlungsbedarf, die Weichenstellung für 2017 bereits jetzt zu überdenken. Sondern erklärt uns, dass es

momentan aufgrund der Kalkulationsunsicherheit noch verfrüht ist, konkrete Kürzungen für 2017 vorzunehmen.

Nun ja, aber wenn man die Weichen nicht frühzeitig genug stellt, wird es am Ende dann schwer das Steuer herumzureißen.

Also zurück auf Los, könnte man geneigt sein zu sagen. Wieder einmal zeigt sich, ein Haushalt lässt sich weder gesund reden noch gesund beten.

Meine Damen und Herren, ich werde dem Bürgermeister im Anschluss an meine Etatrede 19 Anträge und Anfragen übergeben, die die Grundlage dazu schaffen, sich mit dem Thema der Verbesserung des Ergebnishaushaltes 2017 zielgerichtet und konkret zu beschäftigen. Dabei gibt es noch eine Vielzahl an Anträgen und auch Anregungen und konkrete Vorschläge zur Umsetzung des HSK, die immer noch nicht in einer Priorisierung sind. Die schleppende Bearbeitung der bereits vor Monaten eingereichten Anträge würde zur Ergebnisverbesserung des städt. Haushaltes unmittelbar führen z.B. Verkauf von städt. nicht benötigten Immobilienvermögens oder Beschränkung der Verwaltung auf Pflichtaufgaben und den Abbau freiwilliger Leistungen.

Aktives Handeln ist geboten. Die Devise muss lauten: Die Aufwendungen müssen runter, die Erträge müssen hoch. So würde es jeder von uns zu Hause auch machen, wenn das Geld knapp wird. Jeder von uns weiß, dass es schönere Momente im kommunalpolitischen Leben gibt. Aber dieser schwierige Schritt ist zwingend notwendig. Es gibt keinen alternativen Weg. Dass dieser Weg nicht aus populären Projekten bestehen kann, die von allen bejubelt werden, muss jedem klar sein. Und nur wenn Politik und Verwaltung geschlossen bereit sind diesen Weg zu gehen, kann er am Ende zum Erfolg führen. Erfolg ist eine Treppe meine Damen und Herren, eine steile Treppe und keine Tür, durch die man einfach hindurchtritt. In Zeiten wie diesen zeigt sich in der Politik, wer gewillt ist, Verantwortung zu übernehmen und diesen unbequemen Weg zu gehen oder wer es vorzieht, sich in die populistischen Büsche zu schlagen.

Eins dürfen wir jedoch nie aus den Augen verlieren: wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Zum einen muss Verwaltungshandeln transparenter werden. Entscheidungen - gerade in Zeiten knapper Kassen - bedürfen der Akzeptanz der

Bürgerschaft. Und ein Schritt dahin führt über die transparente Darstellung von Entscheidungen und Prozessen.

Beispielhaft sei hier die zur Entscheidung stehende Frage zu den Grundschulstandorten genannt. Im HSK ist die Maßnahme aufgenommen. Der Arbeitskreis Grundschulen erarbeitet derzeit unter Beteiligung von Elternvertretern, Schulleitungen, Verwaltung und Politik eine Entscheidungshilfe für den Rat der Stadt. Bürger haben sich aktiv durch Stellungnahmen und im Rahmen von Bürgerversammlungen geäußert und ihre Positionen der Verwaltung mitgeteilt. Wenn es in den nächsten Monaten zu einer Entscheidung zur Schließung eines Grundschulstandortes kommt, dann wird der Weg dorthin für alle nachvollziehbar sein.

Bürgerinnen und Bürger sind in diesem Entscheidungsfindungsprozess aktiv beteiligt. Aber auch in anderen Themenbereichen müssen wir die Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden. Und damit meine ich alle: nicht nur die, die am lautesten schreien. Es geht darum, dass wir stärker das Knowhow und die Ideen aus der Bürgerschaft nutzen. Die Bürger müssen wissen, dass man Ihre Meinung ernst nimmt.

Verantwortliche Haushaltspolitik erfordert, den Menschen unmissverständlich die Wahrheit über die finanzielle Situation unserer Stadt zu sagen und nichts zu beschönigen. Wir müssen uns zu den Konsequenzen der misslichen finanziellen Situation bekennen. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Anspruch. Wer hier verkündet, es ginge auch anders, will nicht den Bürgern dieser Stadt helfen, sondern allenfalls sich selbst.

Die Position der CDU-Fraktion besteht daher aus einem Zweiklang:

1. Maßhalten. „Wünsch Dir was“ ist bei der aktuellen Finanzlage nicht gefragt.
2. Konsolidieren. Wir müssen an Effektivität und Effizienz der eingesetzten städtischen Gelder weiter arbeiten.

Die zu tragenden Konsolidierungslasten dürfen nicht wie mit einer großen Gießkanne vollkommen undifferenziert über alle ausgeschüttet werden. Die eindeutigen Vorschriften der Kommunalverfassung sind an dieser Stelle zu beachten, wonach primär derjenige zu den Gemeindelasten beizutragen hat, der eine kommunale Leistung in Anspruch nimmt und Steuern nur nachrangig erhoben werden dürfen.

Natürlich - und das bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung - gehören selbstverständlich auch das notwendige Augenmaß und Fingerspitzengefühl hierzu. Die Gemeindeordnung drückt dies nebenbei bemerkt so aus, dass sie eine spezielle Entgelterhebung vorschreibt, soweit diese vertretbar ist. Im Klartext: Abgaben dürfen keine existenzbedrohende Wirkung haben. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem Erdrosselungsverbot. Wir müssen zu anderen HSK Maßnahmen kommen. Bisher trägt der Bürger durch viele Maßnahmen die Hauptlast (Parkraumbewirtschaftung, Grundsteuer, Gebühren). Wir müssen die Steigerungen durch Konsolidierungen in den Leistungsbereichen und durch ergebnisverbessernde Maßnahmen erreichen.

Nun zum Finanzplan (investiv):

Vorgesehen sind lt. Investitionsliste kreditfinanzierte Investitionen in Höhe von 8,55 Mio. Euro.

In der Verfügung des Landrats zum Haushalt 2015 führt dieser folgendes aus:

„Für das aktuelle Haushaltsjahr [2015] ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.750.000 EUR bei einer Tilgung in Höhe von 2.215.000 EUR geplant. Die Netto-Entschuldung beläuft sich somit auf 465.000 EUR.

Leider wird der erforderliche Schuldenabbau nicht konsequent fortgesetzt, da in den Jahren der mittelfristigen Finanzplanung erhebliche Kreditaufnahmen geplant sind (2016: 6 Mio. EUR, 2017: 4,1 Mio. EUR und 2018: 4,1 Mio. EUR). Der mühsame Abbau der Schuldverbindlichkeiten aus Investitionen in den Jahren 2013 bis 2015 wird allein durch die Neuverschuldung in 2016 wieder aufgegeben.“

Diese Aussage muss die Handlungsmaxime aller Beteiligten bei der Neuaufnahme von Investitionskrediten sein.

Bei überschlägiger Betrachtung liegt damit die vorgesehene Nettokreditaufnahme für 2016 um rd. 5 Mio. Euro über dieser Prämisse und für 2017 sind auch schon wieder 7,4 Millionen bisher geplant.

Vor diesem Hintergrund konnte der Antrag der CDU-Fraktion in den beiden zuvor genannten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses folgerichtig nur lauten:

Verzicht auf alle weiteren noch nicht durch Beschlüsse belegten Investitionen das sind schon alleine 4,2 Millionen, für das Haushaltsjahr 2016.

Sicherlich ein extrem weitgehender Antrag, der aber in Anbetracht der Fakten alternativlos war und ist. Leider fand dieser Antrag keine politische Mehrheit und damit dreht sich die Verschuldungsspirale weiter und ein ausgeglichener Haushalt rückt in weite Ferne.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich kurz auf einige Punkte dieser Investitionsliste eingehen:

Beginnen möchte ich mit dem Thema Feuerwehr. Hier werden uns drei Baumaßnahmen präsentiert mit deren Umsetzung in 2016 begonnen werden soll. Es gibt seitens der CDU-Fraktion nicht den geringsten Zweifel daran, dass diese Maßnahmen wünschenswert und notwendig sind und eine Realisierung im Rahmen von finanziellen Möglichkeiten priorisiert werden sollte.

Zweifel hat die CDU jedoch an dem skizzierten Finanzaufwand, der im Haushalt abgebildet wird. Ob es nun die neue Feuerwache ist, die mit 7,3 Mio. € veranschlagt ist oder die Gerätehäuser in Klinkum und Moorshoven mit rd. 260 T€ bzw. 430 T€. Bei der Feuerwache versucht die Verwaltung zu suggerieren, dass der Rat einen entsprechenden Beschluss zum Bau dieser Feuerwache bereits getroffen hätte. Nein und nochmals nein, das ist nicht die Wahrheit. In der entsprechenden Ausschuss- bzw. Ratssitzung im Jahr 2012 hat die CDU-Fraktion explizit erklärt, dass mit diesen Beschlüssen nur das Planungsrecht für den Bau geschaffen wird, die Umsetzung und Realisierung jedoch ein mittel- bis langfristiges Ziel ist. Und in einer StEP Sitzung in 2015 wurde noch von einem Realisierungszeitraum von 3 – 5 Jahren vorgesehen, also im Jahr 2020. Warum jetzt diese unnötige Hektik?

Bei den beiden Gerätehäusern muss man fragen, wieso in einer Nachbarkommune so etwas mit rd. der Hälfte des Geldes zu schaffen ist, aber in Wegberg nicht. Hinzu kommt für Klinkum die Frage nach der weiteren Verwendung der ehemaligen Grundschule, die es wahrscheinlich erforderlich macht, den Standort für die Klinkumer Feuerwehr an einer anderen Stelle zu planen. Im Übrigen, bringt die Vermarktung des nicht mehr benötigten Standortes Geld in den städt. Haushalt.

Begrüßenswert ist daher, dass nunmehr eine Arbeitsgruppe, in der alle Akteure vertreten sein werden gebildet wird, um Lösungen zu erarbeiten. Sobald hier erste Ergebnisse vorliegen, ist auch die CDU bereit eine zeitliche Planung der finanziellen Mittel in den städtischen Haushalt einzustellen, aber erst dann und eben nicht schon jetzt!

Ein weiteres Thema: Abwasser und das Abwasserbeseitigungskonzept.

Hier wird die von uns geforderte zeitliche Streckung der Durchführung der Maßnahmen und damit verbunden die Entlastung des städtischen Haushalts seitens der Verwaltung dargestellt als einen Angriff auf den heiligen Gral.

Es wird ein umfangreicher Vermerk vorgelegt, in dem ein Angstszenario dargestellt wird bis hin zum strafrechtlichen Verhalten jedes einzelnen Ratsmitgliedes, wenn es nicht das Abwasserkonzept eins zu eins umsetzt. Dieses Schüren von Angst und die Sorge, dass es jedes Ratsmitglied bei Verstoß gegen dieses Abwasserbeseitigungskonzept Haus und Hof kosten könnte, hält die CDU Fraktion für deutlich überzogen und erfüllt schon fast der den Tatbestand Nötigung.

Es gibt rechtlich zulässige Möglichkeiten ein Abwasserkonzept zeitlich anzupassen und diese Möglichkeiten gilt es auszunutzen zum Wohle der Stadt Wegberg und zur Verbesserung des städtischen Haushalts.

Wir sind keine Verhinderer und Ablehner meine Damen und Herren, sondern wir liefern bei Ablehnung auch Alternativen konkrete Hilfestellungen. Zur letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung haben wir einen Antrag gestellt, dass die Verwaltung ein Konzept erstellen solle zur geplanten Nettokreditfinanzierung für den Zeitraum der kommenden fünf Jahre. Über ein derartiges Konzept wäre nämlich die Steuerung der Investitionen weitaus planbarer. Wenn Bund und Länder keine Erhöhung der Nettoneuverschuldung ab 2020 mehr planen dürfen, dann muss die Frage erlaubt sein, warum dieses nicht auch für die Kommunen gelten soll.

Aber auch diese Hilfestellung nimmt Verwaltung nicht an. Sie argumentiert, dass man zunächst schauen will, welche Investitionen anstehen und danach den Kreditbedarf bestimmen will. Stellen wir Sie sich diese Handlungsweise in Ihrem Privathaushalt vor. Jeder Kabarettist kann daraus eine gute Nummer machen! Hier wird leider das Thema von der falschen Seite angegangen. Das kann so nicht funktionieren.

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Haushaltssicherungskonzept sagen. Sie kennen die Aussage der CDU zu diesem Thema: „Ein Haushaltssicherungskonzept tut

weh“. Die ersten Schmerzen sind inzwischen bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen; hier nenne ich nur die Erhöhung von Grundsteuer A und B, aber wir sind leider noch lange nicht am Ende dieses schmerzhaften Weges. Die beschlossenen 23 Maßnahmen werden nicht ausreichen, um das vorgegebene Ziel der „schwarzen Null“ in 2024 zu erreichen. Dies ist keine kühne Prognose der CDU-Fraktion, sondern bereits jetzt klar erkennbar an den Maßnahmen, die nicht umgesetzt bzw. nur teilweise umgesetzt werden. Ich nenne nur die Themen Straßenbeleuchtung oder Parkraumbewirtschaftung und das völlig offene Thema möglicher Schließungen von Grundschulen. Gerade hier sucht die CDU nach anderen Lösungen.

Es ist daher dringend geboten, weitere Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen, ob diese geeignet sind positive Effekte für das Haushalts sicherungskonzept zu erzeugen. Die CDU ist hierzu bei allen Maßnahmen tabulos bereit diese zu prüfen. Aber auch hier gilt, diese Prüfungen müssen transparent gemacht werden, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden kann. Dies wird sicherlich nicht mit Hurraschreien einhergehen, sondern eher mit Zähneknirschen, aber nur so kann nach Einschätzung der CDU der Zwang zur Durchführung der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen vermittelt werden.

Nehmen wir die aktuelle Fragestellung der Reduzierung der Zuschüsse an die Vereine im Zeitrahmen bis 2024. Ja, es ist vollkommen klar und nachvollziehbar, dass jedem Verein jeder Euro fehlt, der ihm nicht als Zuschuss durch die Stadt gezahlt wird. Deshalb bemüht sich die CDU um ein transparentes Verfahren und fordert eine gleichberechtigte moderate Kürzung, die für alle nachvollziehbar ist und so jeder Verein mit einer festen und für alle Vereine gleich hohen prozentualen Verringerung der Zuschüsse planen kann oder auch muss. Jeder Verein kann so eigene Ideen mittel- und langfristig entwickeln, um das Fehlen dieser Zuschüsse zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, ich habe lediglich einige Punkte exemplarisch versucht aus der Sicht der CDU-Fraktion darzustellen. Es gibt noch eine Vielzahl von Punkten. Diese hier und heute darzustellen, würde jedoch jeglichen Zeitrahmen sprengen. Das muss auch nicht sein. Man muss nur Mut zur ehrgeizigen Planung haben und dann die Wege, natürlich auch kreative, finden, die diese Planung auch erreichen lassen und nicht immer nur Gründe vorbringen, warum es nicht geht!!

Bekanntlich fehlt uns nach wie vor die große Glaskugel, um alle Haushaltsansätze exakt vorherbestimmen zu können. Ein früherer Chef von mir hat zu dieser Problematik immer gesagt: "Am besten stellen wir den Haushaltsplan immer erst nach der Jahresrechnung auf. Nur so können wir Planabweichungen ausschließen." Aber die Glaskugel braucht man meist nicht. Selbst die Verwaltung hat in ihrem Vorbericht zum Haushalt 2016 wirklich gute Feststellungen getroffen, z.B.

- Die Einwohnerzahl von Wegberg wächst im Kreisvergleich unterproportional, ähnlich auch bei den Gewerbeansiedlungen
- selbst die Kämmerin bezweifelt die Höhe der angemeldeten Investitionen
- man erkennt die geringen eigenen Ertragsstärken und sieht die zu hohen Aufwendungen für die Pflichtaufgaben und auch die niedrige Attraktivität für die Bevölkerung durch die hohen Abgaben.

Leider haben wir keine feststellbaren Maßnahmen der Verwaltung, die dieses Dilemma beenden sollen.

Fazit: Wir können es drehen und wenden wie wir wollen. Nicht nur das Ergebnis der Haushaltsplanung 2016 ist negativ, auch das Ergebnis der Haushaltsrechnung 2016 wird negativ sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten den von Bürgermeister und Verwaltung für 2016 vorgeschlagenen Kurs der Konsolidierung sowohl im Ergebnishaushalt als vor allem im investiven Bereich für die Zukunft unserer Stadt für den falschen Weg. Deshalb wird die CDU-Fraktion diesen heute zur Abstimmung vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2016 nicht mittragen. Wir verlassen den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung und würden bei Zustimmung zum Haushaltsplan die mittelfristig prognostizierte positive Perspektive für die Entwicklung der Stadt Wegberg gefährden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister ich möchte meine sechste Haushaltsrede mit einem Zitat von John F Kennedy beenden: „Einen Vorsprung im Leben hat, wer anpackt wo die anderen lange reden“.

Die CDU ist bereit anzupacken!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Georg Gellissen

Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung 2016

Wegberg, den 26.04.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Bereits kurze Zeit nach Verabschiedung des Haushalts 2015 liegt jetzt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 vor. Das ist zunächst sehr erfreulich. Wir haben es schon lange nicht mehr erlebt, dass wir so relativ früh einen Haushalt beraten können.

Ich möchte deshalb bereits an dieser Stelle zu Anfang meiner Rede ganz besonders der Kämmerin, Frau Kühn, und ihrem Team danken für die ausgezeichnete Arbeit, die bei der Aufstellung des Haushalts 2016 geleistet wurde. Wenn das so weitergeht, und ich habe - auch im Hinblick auf die eben gemachte Mitteilung des Bürgermeisters - berechtigte Hoffnung, dass das so weitergeht und wir auf dem besten Weg dahin sind, dass wir am Ende dieses Jahres den Haushalt für das nächste Jahr beschließen werden.

In diesem Zusammenhang ist auch hier noch einmal zu betonen, wie richtig es war, entgegen den Anträgen von CDU und FDP auf einen Doppelhaushalt 2015/2016 zu verzichten. Das zeigt bereits die erhebliche Abweichung zwischen Planansätzen in 2015 für 2016 und den jetzt vorgelegten Planansätzen. Die früheren Ansätze sind demnach bereits nach einem halben Jahr überholt.

Nun kommt das weniger Erfreuliche:

Für 2016 sind - nach der letzten Sitzung des HFA - investive Maßnahmen in Höhe von rund 7,6 Millionen € geplant. Die geplanten Investitionskredite betragen rund 5,4 Millionen €, die Nettoneuverschuldung soll für 2016 bei etwa 3,2 Millionen € liegen. Das Gesamtplanergebnis liegt bei rund -2,2 Millionen €.

Das sind Zahlen, die nicht froh stimmen können. Allerdings sind das Beträge, die erforderlich sind, um „den Laden am Laufen zu halten“. Wir müssen z.B. die Kanäle

in Wegberg sanieren. Das erfordert einen Aufwand für die Zeit bis 2020 in Höhe von rund 9 Millionen €. Und da müssen wir jetzt, bereits 2016 ran.

Da hilft es auch nicht, wenn die CDU mit ihrem – ich bitte um Nachsicht - äußerst populistischen Vorschlag fordert, sämtliche Investitionen, die noch nicht durch Beschlüsse gebunden sind, zu streichen. Das geht nicht, das ist auch bereits in der letzten Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses sehr deutlich gesagt worden, weil es schlicht rechtswidrig wäre. Bedauerlicherweise hat dies die CDU-Fraktion nicht davon abgehalten, diesen Antrag zu stellen. Das ist umso bedauerlicher, als die CDU, als sie noch den Bürgermeister stellte, solche Anträge, solche Anstrengungen nicht unternommen hat. Denn in dieser Zeit wurden lediglich erheblich geringere Investitionen getätigt. Folgende Zahlen verdeutlichen das:

2011: 514.173,48 €

2012: 53.650,41 €

2013: 136.464,71 €

2014: 257.095,12 €

Ich bin der Auffassung, dass wir schon viel früher mit der Sanierung hätten beginnen müssen. Ich wage die Behauptung, dass das deshalb nicht geschehen ist, weil man - unter einem anderen Bürgermeister - den Haushalt schönrechnen wollte und unbedingt ein Haushaltssicherungskonzept vermeiden wollte. Ich wage weiter die Behauptung, dass wir, wenn bereits frühzeitig die Sanierung angegangen worden wäre, uns bereits schon länger in der Haushaltssicherung befinden würden. (Was vielleicht gar nicht so schlecht gewesen wäre). Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und formuliere die These, dass durch das Hinauszögern notwendiger Sanierungsmaßnahmen in den letzten Jahren sich die Kosten jetzt noch erhöht haben. Und wenn wir jetzt, wie dies die CDU fordert, die Sanierung noch weiter hinausschieben, wird es noch teurer, da mit steigendem Substanzverlust der Abschreibungsbedarf immer höher wird.

Und wenn sich nun, wie sich aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU ergibt, die CDU verweigert, indem sie den Haushalt 2016 ablehnt, dann ist das umso bedauerlicher. Denn die CDU, unter deren politischer Verantwortlichkeit der ganze Schlamassel, den wir jetzt haben, entstanden ist, sollte sich nicht verweigern, sondern konstruktiv und sachgerecht an der Haushaltsaufstellung beteiligen und nicht durch nicht durchführbare, weil rechtswidrige, Vorschläge Schlagzeilen zu produzieren.

Ich sage das auch an dieser Stelle auch noch einmal so deutlich, weil wir Sozialdemokraten von den Bürgern dafür erheblich kritisiert werden, dass wir die Bürger z.B. mit der Erhöhung der Grundsteuer B, finanziell weiter belasten müssen. Wir sind halt jetzt in der misslichen Lage, mit dafür sorgen zu müssen, dass der von Anderen zu verantwortende schlechte finanzielle Zustand der Stadt - zum Teil leider auch zulasten der Bürger - wieder repariert wird.

Wir müssen uns gezwungenermaßen damit abfinden, dass wir in 2016 noch nicht auf einem guten Weg sind, die durch uns selbst gesteckten Ziele des Haushaltssicherungskonzeptes zu erreichen. Wir müssen deshalb am Ball bleiben, wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen, wir müssen mehr sparen. Dazu sind wir bereit. Wir werden deshalb in nächster Zeit auch noch weitere Ansatzpunkte finden und vorschlagen, die finanzielle Situation Wegbergs zu verbessern.

Erfreut sind wir darüber, dass unser Antrag, für Wegberg einen Masterplan zu erstellen, mit dem Beschluss, einen Masterplan für den gesamten Siedlungsschwerpunkt Wegberg-Innenring zu erstellen, jetzt mit Leben gefüllt werden kann. Es geht, wie wir mehrfach deutlich gemacht haben, nicht nur um ein neues Baugebiet in Gerichhausen, sondern auch um die bereits im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen ausgewiesenen Gebiete in Beeck und in allen Teilen des Innenrings.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nochmals den Unsinn zurückweisen, den die Kollegen von den Driesch und Böhm in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses geäußert haben. Wir haben mit unserem Antrag auf Erstellung eines Masterplans mal eine, ausnahmsweise gute, Idee der FDP aufgegriffen (ohne dies, ich habe mich dafür bereits entschuldigt, ausreichend kenntlich zu machen). Wir haben aber keineswegs nur eine Sanierung der Innenstadt gefordert. Das ist blanker Unsinn. Wenn man den Antrag sorgfältig gelesen hätte, ist es an sich eine bodenlose Frechheit, so etwas zu behaupten. Ich darf zitieren:

„Ziel des Masterplans muss es sein, einen generellen Entwicklungsrahmen für Wegberg abzustecken, der ausreichend Raum für differenzierte Lösungen im Einzelfall lässt, aber auch ein langfristiges, verlässliches Konzept für Bürger und Investoren bietet. Der Masterplan muss das Regiebuch für die künftige städtische und stadtplanerische Entwicklung sein.“

Genau das beginnt mit dem eben zitierten Beschluss. Es ist ein Anfang auf einem möglicherweise langen Weg. Ein solcher Masterplan muss erarbeitet, entwickelt werden. Das haben wir gefordert, und nichts anderes. Ich darf daran erinnern, dass die SPD in diesem Zusammenhang auch gefordert hat, den Masterplan auf die Außenorte auszudehnen. Wir werden uns als SPD auch weiterhin für unsere Außenorte tatkräftig einsetzen und diese zukunftsorientiert weiter entwickeln.

Wer vor diesem Hintergrund also behauptet, die SPD hätte mit dem Masterplan eine Innenstadtsanierung beantragt, hat offensichtlich den Antrag nicht gelesen, oder ist unredlich.

Die SPD-Fraktion ist auch der Auffassung, dass mit der Ausweisung von Wohngebieten die Stadt Wegberg wieder ein Fundament bekommt, sich auch wirtschaftlich weiter zu entwickeln. Wenn wir weiterhin dafür sorgen, dass Wegberg z.B. für junge Familien attraktiv bleibt, ich denke dabei an eine gute Infrastruktur mit gut erreichbaren Kindergärten, Schulen und Gewerbe, wird sich auch die Bevölkerungsentwicklung und damit auch die finanzielle Situation Wegberg positiv weiterentwickeln. Dafür wollen wir, auch mit diesem Haushalt mit seinen ganzen Unzulänglichkeiten, sorgen.

Ein sehr großer Teil der geplanten Investitionen betrifft unsere Feuerwehr. Es gab da eine Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen. So der Antrag von CDU und den Grünen, den Neubau der Feuerwache Wegberg zu verschieben, auch ein Antrag unserer Fraktion, die Baukosten für die Erweiterung der Feuerwehrgerätehäuser Klinkum und Moorshoven um 25 % zu reduzieren.

Um Missverständnisse auszuräumen, die möglicherweise durch unseren Antrag entstanden sind, möchte ich nochmals betonen, dass wir der Auffassung sind, dass die Feuerwehr, die hervorragende Arbeit leistet, das bekommen muss, was notwendig und erforderlich für ihre wichtige Tätigkeit und die eigene Sicherheit und Gesundheit ihrer Mitglieder ist. Wir sind allerdings zunächst der Auffassung, dass man das auch billiger machen kann, wie wir das aus Nachbarkommunen gelesen haben. Ob das tatsächlich durchführbar ist, muss geprüft werden. Wir sind deshalb froh darüber, dass wir beschlossen haben, eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Feuerwehr, Politik und Planungsbüro zu bilden, um das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Investitionen im Feuerwehrbereich abzustimmen.

Lassen sie mich zum Schluss noch eine kleine Bemerkung machen zu einigen Streichungen, die in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung gemacht wurden.

Wir finden es bedauerlich, dass die Mehrheit des Rates eine Reihe von Streichungen durchgesetzt hat, die unsere Schüler und unsere Vereine treffen. So soll es kein Geld mehr geben für Investitionen im Bereich der technischen Ausstattung der Schulen, kein Geld für neue Schränke für die Vereine in der Turnhalle in Beeck, kein Geld für Schränke und andere Möbel für die Grundschulen in Rath-Anhoven und Wegberg, kein Geld für Sichtschutzelemente im Oberstufenberatungsraum in unserem Gymnasium. Das ist bedauerlich, insbesondere weil es sich um relativ kleine Ausgaben gehandelt hätte, die für die Schulen, Vereine und Schüler jedoch sehr wichtig sind.

Gleichwohl werden wir dem Haushalt zustimmen. Es ist wichtig, ich sagte es schon, den "Laden am Laufen zu halten". Wir dürfen jetzt nicht den gleichen Fehler machen, wie dies jahrelang unter einem anderen Bürgermeister gemacht worden ist, nämlich, um den Haushalt künstlich schönzurechnen, notwendige Maßnahmen unterlassen. Wir müssen jetzt durchstarten, „ranklotzen“,. Wir müssen jetzt für eine ordentliche Infrastruktur sorgen. Wir müssen jetzt für die Folgegenerationen tätig werden. Wir müssen jetzt sanieren, um unsere politische und wirtschaftliche Handlungsfreiheit spätestens in 2024 wieder zu bekommen. Dazu wird mit diesem Haushalt der Anfang gemacht.

Zum Schluss möchte ich nochmals auf Frau Kühlen und ihr Team zurückkommen:

Wie ich bereits in meiner letzten Haushaltsrede zum Haushalt 2015 gesagt habe, trifft auch jetzt zu:

Das Verfahren bei der Aufstellung der Satzung von den ersten Arbeiten an bis zur Einbringung in den Rat ist außerordentlich transparent abgelaufen. Die Arbeiten in der Verwaltung wurden in enger Abstimmung mit der Politik durchgeführt. Der Bürgermeister hat häufig mit den Fraktionsvorsitzenden telefoniert, um bestimmte Punkte bereits im Vorfeld abklären zu können. Der Bürgermeister war häufig in den Fraktionssitzungen nicht nur unserer Fraktion zu Gast. Wenn Fehler aufgetreten sind - und das passiert, wenn gearbeitet wird - wurde dies von Seiten der Verwaltung sofort kommuniziert und Lösungen oder Lösungsvorschläge angeboten. Auch wenn die Antworten nicht jeden inhaltlich befriedigt haben, hat dieses Verfahren doch gezeigt, dass Politik und Verwaltung grundsätzlich in enger Zusammenarbeit zu einem Ergebnis kommen können. So soll es weitergehen.

Nochmals meinen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, insbesondere an Frau Kühlen und ihr Team.

Die SPD stimmt der Haushaltssatzung 2016 zu.



Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen

26.4.2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, verehrte Bürgerinnen und Bürger,

unser ganz besonderer Dank gilt zunächst Frau Kühn und dem Team der Finanzwirtschaft für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2016. Für ihre Bereitschaft, Sachkompetenz und Geduld, mit der Sie die vielen Anfragen beantwortet und Ihren Entwurf im Vorfeld der Haushaltsplanung erläutert haben, möchten wir uns ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken.

Bündnis 90/ die Grünen werden dem Haushalt 2016 zustimmen.

Das tun wir, auch wenn wir ihn in einigen Bereichen durchaus noch problembehaftet betrachten, weil wir in den vergangenen Wochen und Monaten alle intensiv in einem Endspurt weitere Einsparpotentiale eingebracht haben, um dem gemeinsamen Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt, etwas näher zu kommen. Das war, wenn man die Bemühungen zu

Haushaltsentscheidungen der letzten Jahre betrachtet, auch eine Premiere, im positiven Sinne!

Wir stellen fest, dass die Umsetzung der Maßnahmen im HSK sich schwieriger gestaltet als wir gedacht und geplant haben. Emotionale Debatten in den Ausschüssen, Sitzungen und Bürgerversammlungen vor Ort. Einen Teil der HSK Maßnahmen haben wir umgesetzt, weitere werden folgen. Ja, wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger mit auf diesem Weg, haben wir gesagt. Das ist auch so gewollt und gewünscht. Dennoch stellen wir fest, wie schwierig es ist, in den Ausschüssen und im Rat nicht in "Wahlbezirken" zu agieren, gerade in der Diskussion um die Schulstandorte und dem Schulentwicklungsplan. Sachliche und faktische Grundsatzergebnisse zu akzeptieren fällt da oft sehr schwer, gerade weil diese Debatten sehr emotionsbeladen geführt werden. Das ist ein Stück weit verständlich und auch nachvollziehbar.

Dennoch wünschen wir uns, dass sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin aktiv in die politische Diskussion einbringen. Vielleicht auch mit ein wenig mehr Präsenz, als wir in der letzten Bürgerversammlung im Forum erleben durften.

Wenn die CDU als die Fraktion, welche die Entscheidungen und Geschicke unserer Stadt in den letzten Jahrzehnten maßgeblich gesteuert und gelenkt hat, heute den Haushalt ablehnt, dann ist das in unseren Augen eine politische Bankrotterklärung. **Respekt!**

Sich hier hinzustellen als Hüter der Finanzen und den Finger mahnend zu erheben mit dem Argument, man wolle und könne die Verantwortung für einen solchen Haushalt nicht übernehmen, zeugt weder von Verantwortung noch von einer selbstkritischen Auseinandersetzung.

Genau diesen kritischen Blick, mit dem sie heute die Maßstäbe für den Haushalt 2016 setzen, hätten wir in der Vergangenheit von ihnen erwartet. Und nicht nur wir als Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Die Haushalte wurden im Blindflug abgesegnet, kritische Anmerkung soweit vorhanden eher leise oder gar nicht gestellt, geschweige denn abstimmungswirksam umgesetzt.

Jetzt, nachdem die Folgen dieses finanzpolitisches Blindfluges offenbar geworden sind, wo es darum geht auch in einer für uns alle schwierigen Situation gemeinsam diese Hürde zu bewältigen, schieben Sie fadenscheinige Argumente vor, die keiner verstehen kann. Das ist nicht nur feige, sondern auch populistisch. Was immer Ihre Gründe auch sein werden. Es ist Ihr gutes Recht. Am Ende wird eines übrig bleiben. Fassungslosigkeit und ein fader Nachgeschmack.

Bei aller politischer Unterschiedlichkeit und demokratischem Miteinander sollten wir unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren. Der rege Austausch und die Suche nach Lösungsvorschlägen zwischen Rat und Verwaltung war niemals vorher so intensiv wie in den letzten 2 Jahren. Letztendlich werden wir uns an den Ergebnissen messen lassen müssen. Wir werden uns nicht immer einig sein. Das müssen wir auch nicht. Aber lassen Sie uns diesen Austausch ehrlich, selbstkritisch, aufrichtig und jenseits jedweder Wahlbezirke führen.

Vielen Dank



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

als ich überlegte, wie kann die aktuelle Situation der Wegberger Haushaltslage und die Haltung der AfW zum aktuellen Haushaltsentwurf sowie die Einschätzung der derzeit politischen Lage beschrieben werden, fiel mir sofort ein Wahlversprechen des Bürgermeisters „für Entscheidungen möchte ich den größten möglichen Konsens herstellen“ ein. Dies gehört für mich mittlerweile ins Reich der Märchen. Eigentlich ist ein Haushaltsentwurf auch wie ein Märchenbuch, denn ein Haushaltsentwurf basiert auf Planungen und Schätzungen, die tatsächlichen Ergebnisse und entscheidenden Entwicklungen sind letztendlich erst in den jeweiligen Jahresabschlüssen abzulesen.

Wie auch immer, Märchen bieten einen wunderbaren Boden, um Gleichnisse und Bilder zu zeichnen. Daher habe ich mich mal bei den Gebrüdern Grimm umgesehen und bin fündig geworden. Also „Hans im Glück“ konnte nach einer ersten Überprüfung doch nicht herhalten, dafür geht der einfach auch zu viel über Stock und Stein und singt „...drehe geschwind und hänge mein Mäntelchen nach dem Wind.“ Auch wenn Hans zunächst dachte er sei ein Glückskind und froh war, Steine loszuwerden, die er sich zuvor freiwillig eingehandelt hatte, die er später aber kaum noch tragen konnte.

Fündig wurde ich dann bei „Tischlein deck dich, Goldesel streck dich und Knüppel aus dem Sack,“. Denn teilweise fühlen wir uns wie in diesem.

Wir fühlen uns als Fraktion oft wie einer der bedauerlichen Söhne des Schneiders – in diesem Bild - des Bürgermeisters, der seine Ziege immer von seinen Söhnen zum Füttern führen ließ. Obwohl die Söhne die Ziege zu den schönsten Orten zum Füttern führte – behauptete die Ziege immer, sie hätte nichts zum fressen bekommen, so dass die armen Söhne von ihrem Vater fortgejagt wurden. Der Vater glaubte immer seiner Ziege und keinem seiner drei Söhne.

Die Rolle der Ziege lassen wir einmal in diesem Märchen unbesetzt, damit ein jeder seine eigene Interpretation beziehungsweise Besetzung für die Rolle der Ziege finden kann.

Den Fraktionen wird in Wegberg leider oftmals auch nicht geglaubt, egal wo und wie diese argumentieren, sie werden lieber als behäbig und falsch und nur als auf ihren eigenen Vorteil bedacht, dargestellt. Eine Rolle die keiner von uns verdient hat. Im Märchen machte sich der Vater wenigstens selbst ein Bild der Situation und stellte fest, dass die Ziege nicht die Wahrheit sprach und jagte sie dann fort.

Für uns hat diese Ziege im Haushaltssicherungskonzept die Mär von „Zwei Grundschulen müssen geschlossen werden“ erzählt, damit in jedem Jahr eine Ersparnis von 291.000 EUR erzielt werden kann. Eine Mär, die für uns die grünen Wiesen in den betroffenen Ortschaften – egal welche hiervon betroffen sein werden – versiegen lassen werden. Denn ein Zuzug von jungen Familien orientiert sich selbstverständlich nach vorhandenen Betreuungs- und Beschulungsstrukturen vor Ort. Ortschaften, in den Grundschulstandorte mittelfristig versiegen, werden dadurch freundlich ausgedrückt nicht attraktiver. Die Vision 2025 des Rates für die Stadt Wegberg sieht Wegberg ebenfalls als Wohnstadt, von daher ist es für uns noch schlechter nachzuvollziehen, dass die Mehrheit des Rates, im Rahmen einer Haushaltsmaßnahme, zwei Grundschulen zu schließen ins Auge fasst.

Beschäftigen wir uns jetzt einmal mit den drei Söhnen, die alle in der Ferne in die Lehre gingen und Neues für sich entdeckten.

Mehr als ausreichend Lehrgeld haben alle hier anwesenden Fraktionen bis heute gezahlt.

Zunächst betrachten wir den ältesten Sohn, der zu einem Schreiner in die Lehre ging. Die größte Fraktion ist in diesem Gleichnis der älteste Sohn. Der älteste Sohn lernte fleißig und unverdrossen und als seine Lehrzeit beendet war, schenkte sein Meister ihm ein Tischchen, das immer gedeckt war, damit zu Lebzeiten immer ausreichend zu essen und zu trinken vorrätig sei. Tja, und dann wurde das „Tischlein deck dich“ in der Nacht- und Nebelaktion entwendet und gegen einen einfachen gleich erscheinenden Tisch ausgetauscht. Früher war es der CDU-Fraktion möglich alles im Alleingang zu entscheiden, den „Tisch“ also decken lassen, wann und wo es ihr beliebte. Diese Zeiten sind für die CDU-Fraktion vorbei, es ist für sie nicht mehr alles möglich, obwohl die Situation für die Wegberger Bürgerschaft oftmals als unverändert erscheint. Beispielsweise wurde bei den letzten Haushaltsberatungen ihr Vorschlag, sämtliche geplanten Investitionen zu streichen, abgelehnt. Da alle übrigen Ausschussmitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht gewillt waren, in diesem Punkt wie von der CDU gewünscht - ein „tabula rasa“ anzuwenden, denn dies hätte alle Ratsmitglieder in eine rechtmäßig schwierige Situation in Sachen Abwasserbeseitigungskonzept mit möglicher Regresspflicht geführt.

Oder nehmen wir einmal die knappe Entscheidung, den Antrag auf Förderung des „Spielplatzes“ im Rahmen einer Quartiersinitiative auf den Weg zu bringen. Ohne Unterstützung einer weiteren Fraktion wäre alleine diese Antragstellung schon nicht gelungen.

Der zweite Sohn, der bei einem Müller in die Lehre gegangen war, und nach erfolgreichem Abschluss einen Esel von besonderer Art – dieser konnte keinen Wagen ziehen und keine Säcke tragen, aber Gold speien - geschenkt bekam, symbolisiert die Lage der SPD-Fraktion. Aufgrund ihrer Stärke kann sie nicht alleine den Wagen eines Haushaltssicherungskonzeptes oder Säcke voll von richtungsweisenden Entscheidungen treffen, aber sie versucht trotzdem alles in der Tradition ihres Vaters – also im Sinne des Bürgermeisters - durchzusetzen. Selbst nicht vorhandene Gelder im Haushaltsentwurf 2016 sollten zur Verfügung gestellt werden, hier verweisen wir auf die unsägliche Spielplatz- und Subventionsdebatte der vergangenen Monate. Leider wurde auch diesem Sohn der Esel entwendet und vertauscht, und mit einem Mal waren keine Goldtaler mehr da.

An dieser Stelle ist klarzustellen, dass wir einem Innenministerium nicht ernsthaft unterstellen, dass es einen Esel vertauscht hat. Das Innenministerium hat bei der Bewertung der Antragsstellung zu den Fördertöpfen alleine entschieden, wohin und wofür sein Dukatenesel seine Goldtaler springen lässt.

Der dritte Bruder war zu einem Drechsler in die Lehre gegangen und musste am längsten lernen. Diesen Bruder verkörpern wir kleinen Fraktionen. Unsere Stimmen werden immer wieder benötigt, um Entscheidungen zu treffen können, wenn sich unsere großen Brüder nicht einigen können. Wir Kleinen haben kaum eine Möglichkeit, Entscheidungen in unserem Sinne herzuleiten, denn dazu fehlen uns alleine die Stimmen, selbst alle Kleinen zusammen – FDP, Freie Wähler, Bündnis90/Die Grünen und AfW - schaffen das nicht, es bedarf einer wesentlich größeren Kraftanstrengung. Dies hat sich bei den verschiedensten Diskussionen in der vergangenen Zeit gezeigt, bspw. die Unterbringung der Asylanten wurde nicht wie von uns Kleinen gewünscht dezentral erreicht, diese wurden schwerpunktmäßig zentral in der Nordstraße 100 wie von CDU und SPD gewünscht, entschieden.

Zum Ende der Lehre erhielt auch der dritte Bruder ein Geschenk, ihm wurde lediglich ein Sack mit einem Knüppel zuteil. Tatsächlich bedient sich dieser Rat zu oft der Methode „Knüppel aus dem Sack“. Jede der Fraktionen hat leider auch den Knüppel bereits zu spüren bekommen, damit Entscheidungen durchgesetzt werden. Oftmals verlassen wir eine Ausschuss- oder Ratssitzung und haben das Gefühl, dass uns dabei bildlich gesprochen ein „Holzhammer“ getroffen hat. Nehmen wir die Anweisung des Bürgermeisters, dass sämtliche Anträge auf einmal wieder der Schriftform bedürfen oder mal wieder irgendeine Sondersitzung oder was auch immer uns aufoktroziert wird. Mittlerweile sind wir meilenweit davon entfernt, Entscheidungen mit dem größtmöglichen Nenner zu treffen. Selbst Entscheidungen, die lediglich einer Dreitmehrheit des Rates bedürfen, werden lediglich genauso knapp in dieser Höhe herbeigeführt. Diskussionen und Widerspruch sind nicht erwünscht und zwecklos, sondern werden im Gegenteil als unerhört vom „Vater“ bezeichnet.

Ein wirklich gutes und neues Werkzeug dieser Lehren, die Einwohnerversammlungen, werden nun bereits im zweiten Jahr angewendet und sind hilfreich für unsere politische Arbeit. Leider schätzt nicht jeder Bruder diesen Mehrwert genauso hoch

ein wie wir. Für uns sind die Einwohnerversammlungen – um in unserem Märchen zu bleiben – große Familientreffen. Eine Familie besteht nicht nur aus einem Vater, drei Söhnen und einer Ziege.

Unsere Familie ist Wegberg, mit allen Bürgerinnen und Bürgern, den Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern. Ein jeder von uns hat in seiner Familie wohlmöglich ein schwarzes Schaf und hadert mal mit einem Elternteil, aber trotzdem möchte man keinen aus der Familie missen. Allerdings darf sich jeder nichtsdestotrotz ein harmonischeres Miteinander, verbunden mit einem anderen Umgang Untereinander wie es in anderen Familien gelebt wird, wünschen. Das tun wir.

Das Gleichnis spricht wohl für sich, aber für alle Zweifelsfälle kehre ich von der Märchensprache zur Sprache des Rates zurück:

Die Fraktion der AfW trägt den Haushalt 2016 nicht mit.

Solange die Maßnahme der zwei Grundschulschließungen in dem Haushaltssicherungskonzept nicht ersetzt wird, können und werden wir diesem und auch jedem folgenden Haushalt nicht zustimmen, unabhängig davon, wie viele unserer Änderungsanträge in dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2016 eingearbeitet worden sind.

Wir danken den Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern, die es nicht immer leicht „in unserer Familie“ haben. Ihre Denkanstöße in den zahlreichen politischen Diskussionen sind wertvoll und wichtig für uns.

Das sagen wir Ihnen viel zu selten, aber wir sind dankbar dafür.

gez. Nicole von den Driesch

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Haushalt der Stadt Wegberg 2016 (es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Frau Kühlen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

„Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“

Mit dieser Aussage von Herbert Wehner möchte ich deutlich machen, was unser Anspruch an die diesjährige Haushaltsdebatte gewesen ist.

Es ging darum, dass der eingeschlagene Weg – der Weg der Konsolidierung – konsequent weiterverfolgt wird.

Dass ich diese Haushaltsrede mit einem Spruch des SPD-Vordenkers Herbert Wehner beginne, mag den ein oder anderen von Ihnen überraschen. Die Klarheit seiner Aussage und die Treffsicherheit auf unsere Situation jedoch wohl kaum.

Gerade diese Aussage führt uns vor Augen, wie herausfordernd die aktuelle politische Situation in unserer Heimatstadt ist. Vor wenigen Stunden noch haben wir einige tausend Unterschriften überreicht bekommen. Einige tausend Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern, die für den Erhalt ihrer Grundschule vor Ort kämpfen. Das ist absolut legitim – und Teil einer funktionierenden demokratischen Kultur. Mich erreichen jeden Tag Nachrichten, Emails und Anfragen von Menschen, die genau das tun: Sie nehmen ihre Möglichkeit auf Teilhabe an einem demokratischen Prozess wahr. Dies begrüße ich ausdrücklich. Die Freien Demokraten haben sich bereits für die Fortsetzung des im vergangenen Jahres eingeführten Bürgerdialogs stark gemacht. Auch wenn die Resonanz noch ausbaufähig ist, so halten wir die

konsequente Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung für absolut sinnvoll. Als Rahmenwerk halten wir daher den Beschluss der bereits durch uns initiierten Bürgerbeteiligungssatzung für sinnvoll.

Meine Damen und Herren,

In dieser schwierigen Haushaltssituation ist mir sehr wohl bewusst, dass wir den Menschen einiges abverlangen. Mir ist sehr bewusst, dass wir gleichzeitig mehr Einnahmen benötigen und weniger Geld ausgeben können.

Aber auch diese Situation hat etwas mit Notwendigkeit zu tun. Es ist eben notwendig, dass wir den eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung fortführen.

Wegberger Haushaltspolitik ist im Moment ungefähr so herausfordernd, als ob man ein Auto während der Fahrt betankt und gleichzeitig die Reifen wechselt.

Ich streue Ihnen keinen Sand in die Augen und mache Ihnen keine unhaltbaren Versprechungen.

Die Kämmerin Sonja Kühlen macht Ihnen und uns übrigens auch eine klare Ansage. Sie weist im Vorbericht des Haushaltes ausdrücklich darauf hin, dass die finanziellen Spielräume für zusätzliche Aufgaben und Projekte ausgeschöpft sind. Frau Kühlen, ich danke Ihnen im Namen meiner Fraktion ausdrücklich für diese deutlichen Worte und verspreche Ihnen, dass wir an dieser Stelle hinter Ihnen stehen.

Wir haben in den letzten Wochen versucht, das Notwendige möglich zu machen – und wenn ich in diesem Kontext vom Notwendigen spreche, dann verstehen sie bitte die Änderungen, Reduzierungen und Streichungen im ursprünglichen Haushaltsentwurf als notwendige Maßnahmen. Meinen Kollegen und mir ist es nicht leicht gefallen, vielfältige Investitionsmaßnahmen zu streichen oder zu vertagen. Aber wir können nur gemeinsam erfolgreich sein,

wenn es uns am Ende des Tages auch gelingt, das Notwendige möglich zu machen.

Ich gebe zu Bedenken, dass wir es bisher bei keiner der beschlossenen Maßnahmen des Haushalts sicherungskonzeptes geschafft haben, das prognostizierte Einsparvolumen auch wirklich zu realisieren. Dafür mag es Gründe geben – dennoch müssen wir umso stärker unsere Bemühungen fortsetzen, damit der Haushalt auch strukturell verbessert wird.

In der Summe ist es uns gelungen, die Investitionsmaßnahmen in diesem Jahr noch einmal um rund eine Million Euro zu reduzieren und auch für die Folgejahre deutliche Entlastungen zu erreichen.

In meiner letzten Haushaltsrede sprach ich davon, dass Vernunft und Verantwortung immer zwei Seiten der selben Medaille sind.

An unserem Handeln können Sie ablesen, dass wir Verantwortung und Vernunft auch in diesem Haushaltsentwurf versuchen, in Einklang zu bringen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich einen kurzen Blick in die wesentlichen Bestandteile des Entwurfes werfen. Mit dem Beginn der Planung der neuen Feuerwache in der Innenstadt, der weiteren Sanierung des Gymnasiums und vielfältiger Investitionen in Straßen- und Kanalanlagen wird deutlich, dass wir auch in schweren Zeiten unserem Auftrag nachkommen und die Infrastruktur für eine lebenswerte Stadt erhalten wollen. Ich teile die Einschätzung vieler Bürginnen und Bürger, dass es wünschenswert wäre, wenn wir mehr investieren könnten. Leider sind unsere Möglichkeiten jedoch heute und auch weiterhin in der Zukunft sehr begrenzt. Wir müssen uns also folglich auch hier auf das Notwendige beschränken.

Zum Stichwort Notwendigkeit möchte ich noch einen rund EUR 100.000,- schweren Sachverhalt ergänzen. Sie Herr Bürgermeister sollten der rot-grünen Landesregierung ausdrücklich danken. Ich glaube, dass Ihr Projekt „Spielend Begegnung schaffen“ sonst noch für ganz andere Diskussionen in unserer Stadt gesorgt hätte. Meine Fraktion hofft inständig, dass wir nicht dauerhaft auf die Vernunft anderer Gremien angewiesen sind.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang zwei konkrete Vorschläge zu Einsparbemühungen zu beleuchten.

Einerseits ist weiterhin der Vorschlag in der Welt, die Stelle des technischen Beigeordneten ersatzlos zu streichen. Ich brauche nicht zu wiederholen, dass ein Leitungsmitarbeiter, der für fast 40% der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verantwortung trägt, aus meiner Sicht nicht einem konzeptlosen Streichkonzert zum Opfer fallen darf. In der Debatte wird immer die Stadt Greven als Beispiel angeführt. Dazu kann ich nur sagen: Seien Sie so ehrlich und sagen Sie den Menschen dann aber auch, dass die Stadt Greven völlig anders organisiert ist und ein Vergleich mit Wegberg nur sehr bedingt möglich ist.

Übrigens meine Damen und Herren von den Freien Wählern: In Greven ist der Kämmerer in Personalunion auch noch Erster Beigeordneter. Hören sie also bitte endlich auf Beispiele zu bringen, die nur einen Teil der Realität abbilden und für die Stadt Wegberg nicht passend sind.

Ein zweiter Einsparvorschlag ist an diesem Tisch sehr emotional diskutiert worden. Ein Einsparvorschlag, der vorsah – liebe Kollegen der CDU-Fraktion sehen Sie es mir nach, wenn ich den Sachverhalt etwas verkürzt wiedergebe – einfach alles einzusparen.

Ihr Vorschlag sah vor, dass auf alle noch nicht durch einzelne Beschlüsse belegten Investitionen hätte verzichtet werden sollen. Eine Maximalforderung mit einer politischen Halbwertszeit von wenigen Tagen.

Sie verunsichern mit so etwas die Menschen. Sie bieten an dieser Stelle vermeintlich einfache und bequeme Lösungen an, die einer Überprüfung nicht standhalten – ja vielleicht sogar rechtswidrig sein können.

In China sagt man sich: „Die bequemen Lösungen von heute sind die unbequemen Aufgaben von morgen.“

Ich persönlich glaube, dass ein beschlossenes Abwasserbeseitigungskonzept auch umgesetzt werden muss. Es steht uns jedoch frei, dieses Konzept in Abstimmung mit der Bezirksregierung zu ändern. Kollege Gellissen – ich erwarte Ihren dahingehenden Antrag. Dann werden wir sehen, wie viel von ihrer „Hauruck-Aktion“ übrig bleiben wird.

Meine Damen und Herren,

jetzt muss ich aber auch so fair sein und zum Ausdruck bringen, dass ich viel lieber über eine Nummer zu groß geratener Einsparvorschläge diskutiere, als über Ideen manch anderer Fraktionen, die erst beantragen, den Verkauf städtischen Eigentums zu prüfen und dann von einer zugrundliegenden Verkaufsabsicht gar nichts mehr wissen wollen.

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

wir Freie Demokraten werden diesen Haushaltsentwurf 2016 mittragen.

Wir werden ihn mittragen, weil er unsere Handschrift trägt und viele unserer Konsolidierungsbemühungen Eingang in das heutige Zahlenwerk gefunden haben.

Gleichzeitig sehen wir den heutigen Tag als Startschuss für weitere Aktivitäten der Verwaltung. Die Prüfung der Einrichtung eines eigenen Jugendamtes, das zukünftige Nutzungskonzept des Hallenbades und die Weiterentwicklung des Tourismuskonzeptes stehen noch aus. Doch nicht nur die Reduzierung von Ausgaben darf im Fokus stehen – auch die Erzielung zusätzlicher Einnahmen muss erklärtes Ziel bleiben. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal für die Einrichtung eines Verwaltungslotsen plädieren. Wegberg muss schneller und effizienter werden und Bau- und Investitionsvorhaben „aus einer Hand“ begleiten.

Zusätzlich fordern wir die Verwaltung auf Grenzen zu überwinden. In unserem Leitbild legen wir einen Schwerpunkt auf den Bereich des Kurzzeittourismus. Nutzen wir endlich die brachliegenden Chancen. Auch hierbei kann ich nur noch einmal sinnvolle Kooperationen über Kreisgrenzen hinweg einfordern.

Meine Damen und Herren,

der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung ist und bleibt ein Marathonlauf.

Ich appelliere daher an Sie: Sorgen wir also heute Abend gemeinsam dafür, dass der Stadt Wegberg nicht die Puste ausgeht.

Sorgen wir dafür, dass unsere Heimatstadt trotz schwierigerer Bedingungen lebens- und liebenswert bleibt.

Die Freien Demokraten werden ihren Beitrag dazu leisten.

Ich danke herzlich ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Christoph Böhm
Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

die Fraktion Freie Wähler bedankt sich bei Frau Kühlen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
für die konstruktive Zusammenarbeit.

Und täglich grüßt das Murmeltier....

Ich kann diese Rede nicht anders anfangen, da wir uns seit Jahren, wie in einem schlechten Film
vorkommen. Die Schauspieler wechseln, aber das Drehbuch bleibt gleich!

Unsere Stadt Wegberg befindet sich im Jahr 2 des Haushalts sicherungskonzeptes. Was zuerst
auffällt, ist, dass entgegen der mittelfristigen Finanzplanung aus 2015 aus dem geplanten Defizit
von 8,5 Mio. € jetzt im Haushaltsplan 2016 nur noch 2,2 Mio. werden.

Wie ist das in ein paar Monaten möglich?

Die Gründe hierfür sind weniger bei den Sparmaßnahmen zu suchen, sondern sie liegen an
externen Faktoren. Darauf sollten wir uns nicht ausruhen.

Zurück zum Sparwillen oder wie passen Worte und Taten zusammen.

Da wird ein Spielplatzprojekt im Rahmen des Landesprogramms zur Integration von Flüchtlingen
ins Leben gerufen, eine Vorplanung intern und extern durchgeführt.

Herr Bürgermeister Stock, welche Kosten sind hier entstanden und wo wurden diese verbucht?

Dann wird das ganze Vorhaben dem Fachausschuss vorgestellt, 100.000€ ohne einen Finanzierungsvorschlag. Ganz schlechtes Kino.

Seriöse Finanzpolitik sieht für uns Freie Wähler anders aus, hier sprechen wir die Damen und Herren der SPD und CDU und den Herrn Bürgermeister an.

Ich möchte nun den Begriff "Kreatives Sparen" aus der vergangenen Haushaltsrede aufgreifen.

Die Maßnahmen zum HSK wurden auch von uns mitgetragen, aber diese können doch nicht als Dogma gesehen werden. Ist eine Maßnahme kontraproduktiv, so sollte sie überdacht und durch andere Einsparungen ersetzt werden.

Hier 2 Beispiele:

Die Parkgebühren werden ein weiterer Sargnagel für die Händler in der Fußgängerzone sein, von einer "Hauptstrasse", auf der meist "tote Hose" ist, kann wohl schon lange keine Rede mehr sein.

Warum wurde auf diese Maßnahme nicht verzichtet?

Gab es einen Finanzierungsvorschlag, um darauf zu verzichten?

Ja, ein Verzicht auf Neubesetzung der Stelle des technischen Beigeordneten ab Mitte 2017 hätte sogar noch größere Einsparungen gebracht.

In Greven im Münsterland wird dies seit 2009 praktiziert, warum kann Wegberg diesem Beispiel nicht folgen?

Zwar wurde der Antrag jüngst vertagt, aber in der Vorlage hat sich nicht nur die Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze dagegen ausgesprochen.

Enttäuschend Herr Stock!

Umdenken, umbesetzen, umgestalten in der Verwaltung ist hier gefragt, damit diese Stelle aufgefangen wird.

Als Chef der Verwaltung, ist das Ihre Aufgabe, Herr Stock!

Jeder, aber auch jeder ist ersetzbar. Schade, aber so werden wir nicht ans Ziel kommen.

Nun zu den geplanten Schließungen von Grundschulen:

Sie sind ein nicht unerheblicher Sparanteil, der im Haushalt ausgewiesen wird.

Viele Bürger haben sich gerade für Wegberg als Wohnort entschieden, weil es eine attraktive Infrastruktur aus Kindergärten und Schulen gibt.

Sollen diese jetzt enttäuscht werden?

Wie sollen sonst Neubürger nach Wegberg gelockt werden?

Wir Freien Wähler sind der Meinung, dass alles getan werden sollte, um dies zu vermeiden.

Deshalb auch unser Antrag zum Baugebiete in Gerichhausen.

Familienfreundliche, nicht überteuerte, zentrumsnahe Wohngebiete, gehören nun mal zu einer funktionierenden Infrastruktur dazu. Die Aussenorte dürfen aber auch nicht vergessen werden.

Herr Stock, Sie haben für die Stelle der Schulsozialarbeit gekämpft wie ein Löwe. Demnächst müssen Sie den Eltern erklären, dass wir keine mehr brauchen, weil die Schülerzahlen drastisch zurückgehen werden. Die Schließung von Grundschulen sind erst der Anfang!

Es müssen neue Sparpotentiale im Haushalt gefunden werden, aber nicht auf dem Rücken unserer Kinder.

Flexibilität und Querdenken sind gefragt, Begriffe, die viele hier nicht kennen.

Betrachten wir im den Haushaltsplan einmal die HSK- Maßnahme

Personaleinsparkonzept 2016

- Gesamtvolumen aller HSK- Einsparungen 1.200.000€

- Personaleinsparkonzept: 84.000€

Der Anteil beträgt 7%.

Betrachtet man diesen Sparanteil zu den gesamten Personalaufwendungen von 12.500.000 Mio. € sind 84.000€, 0,7% - ein lächerlicher Betrag.

Ist dies Ihre Auffassung von einem Personaleinsparkonzept Herr Bürgermeister?

Auch hier sind Sie als Chef der Stadtverwaltung gefordert und wir erwarten von Ihnen ein Personaleinsparkonzept, dass diesen Namen verdient.

Wir Freien Wähler haben jedoch Verständnis, da Sie erst seit fast 2 Jahren im Amt sind!

Gut Ding will Weile haben Herr Stock und da Wegberg Zeit hat, machen Sie ruhig in diesem Schnecken tempo weiter.

Jetzt betrachten wir die Erträge der Stadt Wegberg. In diesem Jahr wird es eine Steigerung aufgrund der Erhöhung der Grundsteuer und der Hundesteuer geben.

Aber im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis sind die Erträge aus der Gewerbesteuer viel zu gering. Unsere Standortvorteile könnten besser sein, das ist richtig, aber eine direkte Autobahnanbindung haben auch andere Kommunen im Kreis nicht.

Beim Pro-Kopf Aufkommen an Gewerbesteuer liegt Wegberg im Kreis Heinsberg auf Platz 8 bei 10 Kommunen, nur Wassenberg und der Selfkant sind schlechter.



Fraktion Freie Wähler
im Rat der Stadt Wegberg

Fraktion Freie Wähler
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

Oder anders ausgedrückt, Erkelenz hat über 2,5 fach so viel, eine Kommune wie Übach-Palenberg hat über 3-mal soviel Gewerbesteueraufkommen pro Einwohner

Und was machen Sie Herr Bürgermeister?

- Zwei Jahre Nichts! -

- Sie verwalten den Stillstand! -

Wo soll sich denn neues Gewerbe niederlassen,

kennen Sie den Bedarf von Existenzgründern?

Wegberg wird immer weiter abgehängt und die Schere zwischen Aufwendungen und Erträgen wird immer größer.

Heute müssen Maßnahmen beschlossen werden, die in 4 bis 5 Jahren greifen werden.

Eine Anmerkung zum Antrag der CDU- Fraktion, alle bisher nicht begonnen Investitionen streichen zu wollen - sollen ernsthaft keine notwendigen Arbeiten am Kanalnetz durchgeführt werden?

Zusammengefasst:

Der Haushalt 2016 ist durch viele externe Einflüsse besser als erwartet.

Der Bürgermeister schafft es nicht, nennenswerte Einsparungen bei den Personalkosten zu generieren

Durch fehlende Weichenstellungen bei der Erschließung von Gewerbegrund werden keine Impulse gesetzt, die mittelfristig die Einnahmeseite entscheidend verbessern.

Fraktion Freie Wähler
Rathausplatz 25
41844 Wegberg



Fraktion Freie Wähler
im Rat der Stadt Wegberg

Um einen weiteren Stillstand durch eine vorläufige Haushaltsführung zu verhindern, wird die Fraktion Freie Wähler trotz dieser groben Mängel, die hausgenacht sind, den Haushaltsplan 2016 mittragen.

Herr Bürgermeister, Sie sind in der Pflicht, hier zu liefern.

Werden für 2017 hier keine Korrekturen vorgenommen, werden wir diesen dann nicht mitbeschließen, soviel kann ich hier schon ankündigen.

Abschließend gilt unser besonderer Dank der Kämmerin Frau Kühlen und ihren Mitarbeitern der Finanzwirtschaft.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 24.04.2016

Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -